

## **„545 Euro“ – Modernes Kaffeesatzlesen**

### **Zur Begründung der „Wohlstandeffekte“ für die Bevölkerung durch das geplante TTIP-Freihandelsabkommen**

„Was aber, wenn wir in Wahrheit nichts anderes vor uns hätten als *die politische Umsetzung* einer Utopie, der des Neoliberalismus, einer Utopie allerdings, die sich im Windschatten der theoretischen Ökonomie, mittlerweile als wissenschaftliche Beschreibung der Wirklichkeit zu gebärden versteht?“

Pierre Bourdieu<sup>1</sup>

## **1 Zerschlagenes Geschirr**

Der Soziologe Pierre Bourdieu erinnerte vor einigen Jahren daran, dass Sozialwissenschaftler für gewöhnlich nur gerufen werden, um das von Wirtschaftlern zerschlagene Geschirr zu kitten. Es sei an der Zeit, auf einer politischen Entscheidungsebene einzugreifen, „die immer häufiger Ökonomen überlassen wird“.<sup>2</sup> An den intellektuellen Kräfteverhältnissen und an der Aktualität des Satzes hat sich seither nichts verändert. Ein Problem ist die vollkommene Ausblendung der tatsächlichen sozialen Welt in ökonomischen Modellen, bzw. schon in der Grundstruktur der modernen ökonomischen Theorie.<sup>3</sup> Auf Basis der modernen wirtschaftsliberalen Theorie machen sich spätestens seit dem Ende des Realsozialismus viele PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und JournalistInnen zu (bewussten oder unbewussten) „Komplizen der Sachzwänge“. So plädierte der Ökonom Herbert Giersch, Vater der „Wirtschaftsweisen“, für die bewusste Schaffung von Sachzwängen durch das „Abmagern des Staates“: „Steuersenkungen zum Mobilisieren des Diktats der leeren Kassen“<sup>4</sup>. Das geplante TTIP-Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU würde ebenso massive „Sachzwänge“ erzeugen. Die Folgen der wirtschaftsliberalen Gestaltung der realen Welt (Gesetze, Infra-

---

<sup>1</sup> Bourdieu 1998: 109

<sup>2</sup> Bourdieu 1997: 54

<sup>3</sup> Bourdieu plädiert für eine vollkommen neu gestaltete umfassende ökonomische Wissenschaft (vgl.: Kröll 2012). Dies kann jedoch nur ein Teil eines sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft sein.

<sup>4</sup> Giersch 1991: 18

struktur, Daseinsvorsorge) zeigen sich meist erst nach längerer Zeit. Die gesellschaftliche Umwelt, die Rahmenbedingungen des täglichen Lebens erscheinen den Betroffenen Menschen dann (oftmals Jahre später) als „normal“ und quasi naturgegeben und erhalten einen „schicksalhaften Anstrich“,<sup>5</sup> auch wenn sie einst mittels wirtschaftsliberaler Theorie begründet wurden. Man denke z.B. an den Ärger vieler KundInnen mit den verschiedenen Telefonanbietern, die miteinander im Wettbewerb stehen.

## 2 Fünfhundertfünfundvierzig Euro

„545,- Euro im Jahr – das ist der Durchschnittsertrag für jeden Haushalt, wenn die Europäische Union mit den Vereinigten Staaten ein Freihandelsabkommen abschließt und damit Zölle und andere Handelsschranken wegfallen“, so schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit Bezug auf die Brüsseler EU-Kommission.<sup>6</sup> Steigende Reallöhne durch das Abkommen verspricht die Bundesregierung.<sup>7</sup> Sowohl der EU-Handelskommissar und TTIP-Chefunterhändler Karel De Gucht, als auch die Bundesregierung beziehen sich auf wirtschaftswissenschaftliche Studien. Die EU-Argumentation bezieht sich im Wesentlichen auf eine durch die EU in Auftrag gegebene Studie die das Londoner „Centre for Economic Policy Research“ erstellt hat<sup>8</sup>, die Bundesregierung auf eine Studie des Münchener Ifo-Instituts, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt wurde<sup>9</sup>. Im Folgenden soll zunächst auf wissenschaftliche Grundbegriffe eingegangen werden, bevor die wissenschaftlich begründete Argumentation genauer in den Blick genommen wird.

Wer sich als Sozialwissenschaftler mit den Argumenten für das TTIP-Freihandelsabkommen beschäftigt, reibt sich dabei verwundert die Augen. Der

---

<sup>5</sup> So schreibt Bourdieu: „Zunächst müsste über die inneren Beschränkungen einer ökonomischen Theorie nachgedacht werden, die das in Rechnung zu stellen vergisst, was man soziale Kosten nennt. Eine Wohnungspolitik etwa, wie sie unter Giscard d’Estaing 1970 beschlossen wurde, hat langfristig soziale Kosten verursacht, die nirgendwo aufgeführt sind – wer erinnert sich denn, abgesehen von den Soziologen, zwanzig Jahre später an diese Maßnahme? Wer brächte schon irgendeinen Krawall in den Vorstädten von Lyon noch 1990 mit einer politischen Entscheidung aus dem Jahre 1970 in Zusammenhang? Diese Vergehen bleiben ungesühnt, weil sie vergessen werden. Dabei müssten heute alle kritischen sozialen Kräfte auf einer Gesamtrechnung ökonomischer Entscheidungen bestehen, müssten die Einbeziehung der sozialen Kosten fordern. Was wird auf lange Sicht dabei auflaufen, gerechnet in Entlassungen, Krankheiten, Selbstmorden, Alkoholismus, Drogenkonsum, familiärer Gewalt“ (Bourdieu 1998: 48).

<sup>6</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 2013

<sup>7</sup> Die Bundesregierung 2013: 19

<sup>8</sup> Centre for Economic Policy Research 2013. Die vermeintlichen Erträge für Haushalte durch das TTIP werden mittels mathematischer CGE-Modelle (Computable general equilibrium) errechnet (CEPR 2013: 1), die in der neoklassischen Ökonomie wurzeln.

<sup>9</sup> Ifo-Institut 2013

wissenschaftliche Erklärungswert in öffentlichen Verlautbarungen ähnelt eher dem Horoskop in einer Boulevard-Zeitung. Offensichtlich beherrschen auch führende Protagonisten grundlegende wissenschaftliche Regeln nicht, was den Theorie-Praxis-Bezug angeht. Oder aber, es handelt sich um gezielte Irreführung der Bevölkerung mittels irreführender Definition und Verwendung von Begriffen, sowie platten Schlussfolgerungen durch wirtschaftsliberale ÖkonomInnen.

Noch vor wenigen Jahren wäre man mit solch einer Arbeitsweise – zumindest in sozialwissenschaftlichen Fächern – mit wehenden Fahnen durchs Vordiplom gefallen. Heute soll das Wahlvolk mit solchen Argumenten vom Freihandel überzeugt werden.

In der wirtschaftsliberalen Volkswirtschaftslehre ist es üblich, Wohlstandswachstum nahezu ausschließlich in der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes zu sehen. Das ist an sich fragwürdig, soll aber hier nicht Gegenstand der Debatte sein. Doch auch das prognostizierte „Wohlstandswachstum“ ist bei genauerem Hinsehen vollkommen schwammig und baut zudem auf willkürlichen Setzungen und Vermutungen auf.

Zunächst gilt es als Grundlage verschiedene ökonomische Begriffe zu unterscheiden<sup>10</sup>.

### 3 Ökonomische Begriffe

#### Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (Abk.: BIP) misst die wirtschaftliche Leistung eines Landes von der Produktionsseite her. Es bezeichnet den Wert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft in einem Jahr (von Inländern und Ausländern) erwirtschaftet werden.<sup>11</sup> Nicht enthalten sind Leistungen von Inländern, die im Ausland arbeiten. Früher wurde meist mit dem **Bruttosozialprodukt** gerechnet, das neuerdings auch als **Bruttonational-einkommen** bezeichnet wird. Es basiert auf dem Bruttoinlandsprodukt. Von diesem werden Erwerbs- und Vermögenseinkommen abgezogen, die von Ausländern im Inland erwirtschaftet werden. Hinzugefügt werden Einkommen, die von Inländern im Ausland bezogen werden.

---

<sup>10</sup> Dafür dient in diesem Aufsatz der *Duden Wirtschaft*, der bei der Bundeszentrale für politische Bildung in Lizenz erschienen ist: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2013

<sup>11</sup> Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2013: 13

## **Nettosozialprodukt**

Das Nettosozialprodukt bezeichnet das *Bruttosozialprodukt abzüglich der Wertminderung der Produktionsmittel durch Veralten oder Abnutzung* (volkswirtschaftliche Abschreibungen).<sup>12</sup> Das „Nettosozialprodukt zu Faktorkosten“ wird auch als Volkseinkommen bezeichnet<sup>13</sup>.

## **Volkseinkommen**

Mit dem Volkseinkommen ist die Summe der von Staatsangehörigen eines Landes innerhalb eines bestimmten Zeitraums erzielten Einkommen gemeint. Es umfasst Einkommen aus Erwerbsarbeit und Einkommen aus Vermögen (Löhne, Gehälter, Mieten, Zinsen und Unternehmensgewinne). Es basiert auf dem Bruttosozialprodukt. Von diesem werden indirekte Steuern und Abschreibungen abgezogen und Subventionen hinzugezählt.

## **Pro-Kopf-Einkommen**

Das Pro-Kopf-Einkommen *kann zwei Sachverhalte bezeichnen*:

a) zum Einen dient das Pro-Kopf-Einkommen für internationale Vergleiche als **Wohlstandsindikator von Ländern**, nicht von einzelnen Menschen! Die Verteilung des „Wohlstands“ wird dabei nicht berücksichtigt. Es müsste in diesem Falle genauer als

### **„Durchschnittliches Einkommen einer Volkswirtschaft pro Kopf“**

bezeichnet werden, d.h. als „Nettosozialprodukt zu Faktorkosten umgerechnet auf die Bevölkerung“.

b) andererseits wird mit dem **„Pro-Kopf-Einkommen“**

das **tatsächlich verfügbare Einkommen eines Haushaltsmitglieds** in einem Jahr bezeichnet. Dabei wird die Haushaltsgröße berücksichtigt und das Einkommen auf die Zahl der Haushaltsangehörigen umgelegt, was auch genauere Betrachtungen der Einkommensverhältnisse unterschiedlicher sozialer Gruppen ermöglicht (z.B.: Selbstständige, Angestellte, Arbeiter, Rentner, Arbeitslosengeldempfänger).<sup>14</sup> Letzteres ist *nicht Gegenstand* der Berechnungen der Pro-TTIP-Studien. Es wird jedoch in verschiedenen öffentlichen Verlautbarungen impliziert,

---

<sup>12</sup> Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2013: 35

<sup>13</sup> Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2013: 51

<sup>14</sup> Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2013: 42

dass es genau darum geht. Auch wenn sich die WissenschaftlerInnen hinter den Studien bei kritischer Nachfrage auf „durchschnittliche Werte“ herausreden werden, liegt der Verdacht nahe, dass in der Pro-TTIP- Propaganda bewusst darauf hingearbeitet wird, dass die keineswegs konkreten vorhergesagten Segnungen des Abkommens (höheres statistisches durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen) von der Bevölkerung als „mehr Geld für mich“ verstanden werden.

### **Haushaltseinkommen**

Mit dem Haushaltseinkommen wird die Summe der Einkommen eines privaten Haushalts bezeichnet (z.B.: Löhne, Gehälter, Einkommen aus unternehmerischer Betätigung, Erträge aus Vermögen, Kindergeld, Renten). Von besonderer Bedeutung ist das „verfügbare Einkommen des Haushalts“. Dies ist die Summe der verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen aller Haushaltsmitglieder. Es ist der Betrag, der einem Haushalt nach Abzug der direkten Steuern (z.B.: Einkommenssteuer) und Sozialversicherungsbeiträge vom Bruttoeinkommen übrig bleibt.<sup>15</sup>

### **Realeinkommen**

Das Realeinkommen berücksichtigt die Kaufkraft des Geldes. Und ist somit „gleichbedeutend mit der Menge an Waren und Dienstleistungen, die mit einem bestimmten Nominaleinkommen (z.B.: monatliches Gehalt eines Angestellten) gekauft werden kann. Berechnet wird das Realeinkommen aus dem Nominaleinkommen eines Haushalts geteilt durch den Verbraucherpreisindex“.<sup>16</sup> Das Nominaleinkommen ist dabei das in Geld bewertete Einkommen (z.B. Lohn, Gehalt oder Rente) ohne Berücksichtigung der Kaufkraft<sup>17</sup>. Der Verbraucherpreisindex ist ein Maßstab für Preisveränderungen und wird anhand des sogenannten Warenkorb berechnet.<sup>18</sup> In Argumentationen für das TTIP-Abkommen werden zum Teil von einem mutmaßlich erhöhten Bruttoinlandsprodukt (durch TTIP-Maßnahmen) alle gesamtwirtschaftlichen Steuern und Sozialabgaben abgezogen sowie Preisveränderungen einbezogen. Dieses „Volkseinkommen“ bzw. „Einkommen der Volkswirtschaft“ wird durch die Bevölkerung geteilt (d.h. als „durchschnittliches Einkommen einer Volkswirtschaft pro Kopf“) und dann als „Realeinkommen“ bezeichnet, wobei „real“ lediglich bezeichnet, dass es sich um das Geld handelt, dass in der gesamten Volkswirtschaft von der gesamten Bevölkerung „real“ ausgegeben werden kann. Wie das Einkommen auf Arme und Reiche, auf

---

<sup>15</sup> Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2013: 23

<sup>16</sup> Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2013: 43

<sup>17</sup> Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2013: 36

<sup>18</sup> Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2013: 50

Unternehmer und Lohnabhängige verteilt wird, bleibt bei diesem „realen Volkseinkommen“ unberücksichtigt.

#### 4 Kernaussagen der Pro-TTIP-Studien unter der Lupe

In der von der EU in Auftrag gegebenen CEPR-Studie werden zu Beginn wesentliche Befunde („Key Findings“) dargestellt. Ein „ehrgeiziges und umfassendes“ transatlantisches Handels- und Investment-Abkommen könne demnach für die gesamte EU und die Vereinigten Staaten signifikante ökonomische Gewinne hervorbringen. Basis der Berechnungen ist ein steigendes Bruttoinlandsprodukt (englisch: Gross Domestic Product/GDP).<sup>19</sup> Es geht um 119 Milliarden Euro Wachstum in der EU. Dies bedeute ein pro Jahr „zur Verfügung stehendes Mehreinkommen“ von 545,- Euro für eine vierköpfige Familie<sup>20</sup>. Das heißt eigentlich: entweder müssten die Löhne steigen, oder die Kosten sinken (bzw. die Kaufkraft steigen), oder eine Kombination aller Faktoren müsste eintreffen.

Wie die Haushalte ihr versprochenes „zur Verfügung stehendes Mehreinkommen“ erhalten sollen, wird nicht konkret thematisiert. Errechnet wird das „Mehreinkommen“ laut Studie durch Mittel von CGE-Modellen<sup>21</sup>. Es wird dann einerseits angenommen, dass Löhne steigen (was in der Realität Sache der Tarifpartner wäre) und andererseits, dass Produkte billiger werden, wodurch Familien mehr Kaufkraft bekämen. Im Prinzip müsste die EU – unabhängig von der Stichhaltigkeit ihrer Pro-TTIP-Argumente – mit dem TTIP ein Gesetz erlassen, das alle Unternehmen verpflichtet, ihre Mehreinnahmen ähnlich dem Kindergeld auf die Haushalte umzulegen, damit die gesamte Bevölkerung überhaupt von den vorhergesagten fiktiven „Wohlfahrtsgewinnen“ *gleichermaßen profitieren* könnte. Aber offensichtlich vertrauen die Urheber der Studie dabei lediglich auf die unsichtbare Hand des Marktes, die die bestmögliche Verteilung garantiert.

Es geht hier um eine Wirtschaftsunion mit 28 Mitgliedsstaaten mit jeweils unterschiedlichster Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur, sowie unterschiedlichsten Tarifstrukturen. Innerhalb der Staaten gibt es dazu noch jeweils unterschiedlichste Regionen.

---

<sup>19</sup> „Macro Results: Here we turn the discussion of effects on macroeconomic variables, resulting from a reduction of barriers to trade and investment between the EU and the US under a comprehensive F[ree]T[rade]A[greement] (...) In so doing, we present the results with regards to GDP“ (CEPR 2013: 45).

<sup>20</sup> „An ambitious and comprehensive transatlantic trade and investment agreement could bring significant gains as a whole for the EU (€119 billion a year) and US (€95 billion a year).“ CEPR 2013: vii

<sup>21</sup> Siehe auch Fußnote 8

Es ist schon sehr gewagt, auf dieser Basis mit dem Betrag von 545 Euro in Verbindung mit einer „durchschnittlichen vierköpfigen Familie“ für das Freihandelsabkommen zu werben. Damit wird nun langsam deutlich, dass es (auch ohne TTIP-Abkommen) in der Wirtschaft in erster Linie um die Verteilung des jeweils erwirtschafteten Reichtums geht.

Die Haupteffekte des TTIP-Abkommens werden in der in der CEPR-Studie in der Verminderung von Kosten durch „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ gesehen.<sup>22</sup> „Lohneffekte“ basieren dann auf „allgemeinen Kosteneinsparungen der Firmen (durch Einsparung von Kosten durch nicht-tarifäre Handelshemmnisse), die zu Produktivitätssteigerungen führen“. Dabei muss von den Urhebern der Studie explizit angenommen werden, dass die Firmen ihre vermeintlichen Einsparungen durch das TTIP unmittelbar als Lohnsteigerungen weitergeben). Betont wird vom CEPR, dass das verwendete Modell auf lange Frist gilt („long-run-model“). Ursachen von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit seien strukturell bedingt. In diesem Sinne würden Arbeitslose vor allem dann Arbeitsplätze nachfragen, wenn die Löhne steigen (Veränderungen in der Nachfrage nach Lohnarbeit durch Veränderungen der Löhne). Im verwendeten Modell werden steigende Löhne angenommen. Die steigenden Löhne in expandierenden Wirtschaftssektoren, würden Arbeitskräfte aus anderen Sektoren abziehen („Pull-Factors“). Als expandierender Wirtschaftssektor wird z.B. die Autoindustrie angenommen<sup>23</sup>, ohne die damit verbundenen ökologischen Probleme auch nur anzudeuten. Keine Rede ist von verschlechterten Arbeitsbedingungen durch „Flexibilität“ (Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Werksverträge), sowie von der zunehmend schlechteren strukturellen Position der Beschäftigten (und der Gewerkschaften als ihrer Interessenvertretungen) durch die Veränderungen der Wirtschaft und Arbeitswelt in den vergangenen Jahren.<sup>24</sup>

Noch einmal: Die exakt klingenden 545 Euro werden in der CEPR-Studie konkret als „zur Verfügung stehendes Haushaltseinkommen“ einer vierköpfigen Familie bezeichnet<sup>25</sup> statt als „fiktives statistisches Mehreinkommen von konstruierten vierköpfigen Familien auf Basis des fiktiven EU-Wirtschaftswachstums geteilt durch die EU-Bevölkerungszahl des Jahres 2013 (ohne Kroatien), geteilt durch vier, verrechnet mit Steuern, Sozialabgaben und der Preisentwicklung“.<sup>26</sup>

---

<sup>22</sup> CEPR 2013: 96

<sup>23</sup> SEPR 2013: 96

<sup>24</sup> Siehe zu diesem Problemkomplex: Held u.a. 2011, sowie Held/Billmann (Hg.)2013, Kröll 2013. Der Begriff „Tarifautonomie“ täuscht unter diesen Voraussetzungen ein Machtgleichgewicht zwischen Arbeitgeberseite und den auf lohnabhängige Beschäftigung angewiesenen vor.

<sup>25</sup> „[A]n extra €545 in disposable income each year for a family of four“ (CEPR 2013: vii)

<sup>26</sup> „Household disposable income is a subset of total income (it is less than total national income). It represents income available to spend on final consumption (food, clothing, transport, housing) after allocations to the government and for savings. Changes in this variable therefore measure the changes in private consumption valued at current prices“ (CEPR 2013: 47, FN14).

Hier müssten den Rechenspielchen Elfenbeinturm zudem ganz im Sinne Bourdieus negative Effekte („Soziale Kosten“)<sup>27</sup> entgegengestellt werden, die Beschäftigte und deren Familienleben betreffen, wenn „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ abgebaut werden, die die Arbeitswelt betreffen. Es gibt einige soziale Errungenschaften der Arbeiterbewegung, die durch die wirtschaftsliberale Brille als „Handelshemmnisse“ gedeutet werden können.

## **5 Modernes Kaffeesatzlesen: „Wir sollten nicht mit Prozenten argumentieren“**

In der ifo-Studie zu den Auswirkungen des TTIP- Freihandelsabkommens, auf die sich die Bundesregierung bezieht, werden geltende wissenschaftliche Begriffe willkürlich umdefiniert:

„Im verwendeten Modell ist die Wohlfahrt identisch mit dem Realeinkommen, das heißt, mit dem durch den korrekten Preisindex deflationierten Einkommen der Wirtschaftssubjekte. Es handelt sich hierbei um ein Maß der Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes“<sup>28</sup>

Was für Laien wiederum etwas verwirrend klingt, besagt nichts anderes als dass zur Berücksichtigung der Kaufkraft Veränderungen der Preise berücksichtigt werden. Hier wird wiederum leicht übersehen, dass sich „Realeinkommen“ auf kein echtes Einkommen der einzelnen Haushalte bezieht, auch wenn es zunächst so formuliert wird. Vielmehr werden zur Bestimmung des „Realeinkommens“ von dem errechneten zukünftigen Bruttoinlandsprodukt Steuern und Sozialabgaben abgezogen, sowie Preisveränderungen verrechnet. Dieses auf die gesamte Volkswirtschaft bezogene Gesamteinkommen wird dann „reales Einkommen“ genannt. Dieses „Realeinkommen“ der gesamten Volkswirtschaft wird anteilig auf alle (fiktiven) Haushalte heruntergerechnet, ohne die tatsächliche Verteilung zu berücksichtigen. Wirtschaftswissenschaftlich müsste dieses „Realeinkommen“ in der CEPR-Studie eher als „Nettosozialprodukt zu Faktorkosten umgerechnet auf die Bevölkerungszahl“<sup>29</sup> genannt werden.

Auch für die Broschüre der Bundesregierung wurden die im Elfenbeinturm errechneten vermeintlichen Errungenschaften durch das TTIP vom ifo-Institut noch einmal dargestellt und die abstrakten „Wohlfahrtsgewinne“ durch eine potenzielle

---

<sup>27</sup> Siehe Bourdieu in Fußnote 5

<sup>28</sup> Ifo-Institut 2013: 76.

<sup>29</sup> Genauer: Geteilt durch vier, da vierköpfige Haushalte angenommen werden



Steigerung des Bruttoinlandsprodukts als (rechnerisch) steigendes „Zusatz-einkommen“ (CEPR: „disposable income“) präsentiert

Auch für die Broschüre der Bundesregierung wurden die vermeintlichen Errun-genschaften durch das TTIP vom ifo-Institut noch einmal dargestellt und die ab-strakten „Wohlfahrtsgewinne“ durch eine potenzielle Steigerung des Bruttoin-landsprodukts als (rechnerisch) steigendes „Zusatz-einkommen“ (CEPR: „disposa-ble income“) präsentiert: „Die EU-Kommission zitiert eine Studie, wonach der Gewinn für die Wirtschaft in der EU jährlich 119 Milliarden Euro betrüge. Rechne-risch entspricht das einem Zusatz-einkommen von 545 Euro für den durchschnitt-lichen EU-Haushalt“<sup>30</sup>.

Mit welchem Recht Steigerungen des Bruttoinlandsproduktes der EU zu „Zusatz-einkommen“ konkreter Haushalte, bzw. „zur Verfügung stehendes Einkommen“ umdefiniert werden, bleibt schleierhaft. Steigende „Realeinkommen“ werden et-was später noch einmal konkretisiert: „Weil die Wirtschaft produktiver würde, nähme in der EU und in Deutschland ifo-Berechnungen zufolge **das reale Ein-kommen** pro Kopf um rund 4,7% zu“ (Hervorh. im Original).<sup>31</sup> In diesem „realen Einkommen“ umdefiniert. Darin sind Unternehmensgewinne ebenso enthalten, wie Lohneinkommen.

Als Krönung wird darausaus dem rechnerisch steigenden durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von den ifo-Wissenschaftlern jedoch die Überschrift mit der konkreten Aussage „**Reallöhne steigen**“ kreiert. Die ifo-Aussage in der Bro-schüre der Bundesregierung lautet – um es noch einmal deutlich zu formulieren: „Wird das TTIP eingeführt, steigen laut den Berechnungen unserer Studie die Re-allöhne“. Diese Umdefinition des „fiktiven Volkseinkommens pro Kopf“ zu „stei-genden Reallöhnen“ lässt sich mit gutem Willen nur als vollkommen unsaubere pseudo-wissenschaftliche Argumentation bezeichnen oder aber als den absichtli-chen Versuch der Irreführung, um die Bevölkerung vom TTIP-Abkommen zu überzeugen. Die Bezeichnung solch einer Argumentationsweise wäre mit „mo-dernem Kaffeesatzlesen“ noch wohlwollend formuliert.

Dass offensichtlich andere Interessen hinter dem TTIP stehen, als der steigende Wohlstand konkreter Familien, mit dem für das Abkommen geworben wird, zeigt EU-Handelskommissar Karel De Gucht in einer ARD-Reportage. Es geht offen-sichtlich darum, „im Windschatten der theoretischen Ökonomie“ die gesellschaft-liche Wirklichkeit nach der Utopie des freien Marktes („Neoliberalismus“) zu ge-stalten, wie es der Soziologe Pierre Bourdieu im Eingangszitat formuliert. Ziel ist in erster Linie, sogenannte „Handelshemmnisse“ abzubauen, egal was die Bevöl-

---

<sup>30</sup> Die Bundesregierung 2013: 17, vgl. das Zitat aus der CEPR –Studie in Fußnote 14: „This trans-lates to an extra €545 in disposable income each year for a family of 4 in the EU“ (CEPR 2013: vii)

<sup>31</sup> Die Bundesregierung 2013: 19

kerung davon hat. Das zeigt sich, als die wirtschaftswissenschaftliche Begründung genauer unter die Lupe genommen und damit dem EU-Chef-Protagonisten des TTIP-Ankommens der Windschatten genommen wird. Von den ARD-Reportern auf die mageren Zahlen angesprochen, mit denen die EU-Studie die steigenden Einkommen für Familien begründet (knapp 0,05 Prozent Wachstum pro Jahr), gerät Karel De Gucht zunächst ins Stocken, unterbricht das Interview, rechnet noch einmal nach und sagt dann: „Zunächst einmal sollten wir nicht mit Prozenten argumentieren“ und weiter „Ich sage Ihnen: wir werden die meisten Handelshemmnisse in einer Vielzahl von Handelsbereichen abschaffen.“<sup>32</sup>

## 6 Literatur/Quellen

Billmann, Lucie/Held, Josef (Hg.) 2013): Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis. Wiesbaden: Springer VS

Bourdieu, Pierre 1997: Neo-Liberalismus als konservative Revolution. Das Elend der Welt, der Skandal der Arbeitslosigkeit und eine Erinnerung an die Sozialutopie Ernst Blochs. In: Kufeld, Klaus (Hg.) 1997: Zukunft gestalten. Reden und Beiträge zum Ernst-Bloch-Preis 1997. Mössingen-Talheim: Talheimer Verlag

Bourdieu, Pierre 1998: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz: UVK

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2013: Das Lexikon der Wirtschaft. Grundlegendes Wissen von A bis Z. Bonn

Centre for Economic Policy Research 2013: Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment. An Economic Assessment. Final Project Report. March 2013. Primary Authors: Joseph Francois, Miriam Manchin, Hanna Norberg, Olga Pindyuk, Patrick Tomberger. London: CEPR; [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/march/tradoc\\_150737.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/march/tradoc_150737.pdf); 10.05. 2014

Die Bundesregierung 2013: Neue Chancen für Verbraucher und Unternehmen. Zehn gute Gründe für ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA. Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung;

---

<sup>32</sup> Otto/Stuchlik 2014, der Filmabschnitt zur EU-Studie beginnt bei Minute 14:12 („Was aber haben wir Bürger eigentlich von den Abkommen?“) die Passage mit de Gucht findet sich ab Filmminute 14:34

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/neue-chancen-fuer-verbraucher-und-unternehmen,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>; 10.05.2014<sup>33</sup>

Frankfurter Allgemeine Zeitung 2013: 545 Euro im Jahr soll der Freihandel mit Amerika je Haushalt bringen. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-laender-fuer-freihandels-gespraech-545-euro-im-jahr-soll-der-freihandel-mit-amerika-je-haushalt-bringen-12222668.html>; 10.05.2014

Giersch, Herbert 1991: Europas Wirtschaft 1991. Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West. Mit einem Vorwort von Gert Dahlmanns. Bad Homburg: Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung

Hanusch, Horst/Kuhn, Thomas 1998: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Berlin/Heidelberg u.a.: Springer. 4. Überarb. Auflage.

Held, Josef/Bibouche, Seddik/Billmann, Lucie/Holbein, Melanie/Kempf, Martina/Kröll, Tobias 2011: Was bewegt junge Menschen? Lebensführung und solidarisches Handeln im Dienstleistungsbereich. Wiesbaden: VS-Verlag

ifo Institut (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.) 2013: Dimensionen und Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. (AutorInnen: Gabriel Felbermayr, Mario Larch, Lisandra Flach, Erdal Yalcin, Sebastian Benz). München; [http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/research/Projects/Archive/Projects\\_AH/2013/proj\\_AH\\_freihandel\\_USA-GER.html](http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/research/Projects/Archive/Projects_AH/2013/proj_AH_freihandel_USA-GER.html); 10.05.2014

Kröll, Tobias 2010: TINA-Prinzip und TINA-Positivismus. Im Internet unter „Sonstige Veröffentlichungen“ auf der Webseite der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: <http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/m5510.pdf>

Kröll, Tobias: kulturelles Kapital. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 8/1, Spalten 357-362. Hamburg: Argument

Kröll, Tobias 2013: Arbeitnehmersolidarität in der Krise. In: Billmann/Held(Hg.) 2013, S. 79-97; im Internet: <http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/m1113.pdf>; 10.05.2014

Otto, Kim/Stuchlik, Stephan: 2014: Der große Deal – Geheimakte Freihandelsabkommen. Eine Recherche von Monitor. Exklusiv im Ersten. 04.08. 2014;

---

<sup>33</sup> Externe Veröffentlichung des ifo-Projekts im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie; [http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/research/Projects/Archive/Projects\\_AH/2013/proj\\_AH\\_freihandel\\_USA-GER.html](http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/research/Projects/Archive/Projects_AH/2013/proj_AH_freihandel_USA-GER.html); 10.05.2014

<http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videos/der-grosse-deal-geheimakte-freihandelsabkommen-104.html>;

sowie Informationen zur Sendung: <http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/wdr/der-grosse-deal-106.html>; 8.8.2014